

Alt- und Neonazis im Dienst des Staates

Geschichte, Gegenwart und Zukunft des »Verfassungsschutzes«

Vortrag von Dr. Rolf Gössner

Im Zuge der Ermittlungen zur Mordserie von Neonazis an Migranten wurde einer breiteren Öffentlichkeit die enge Verbindung zwischen der gewaltbereiten Nazi-szene, Geheimdiensten und Polizeibehörden bekannt. Die Versuche parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, Struktur und Zielrichtung dieser Zusammenarbeit auszuleuchten, scheiterten bislang weitgehend an der systematischen Spurenvernichtung der betroffenen Dienste und Behörden.

Um die erschreckenden Vorgänge rund um die Morde des »Nationalsozialistischen Untergrundes« verstehen zu können, ist es notwendig, sich mit der Geschichte der Inlandsgeheimdienste auseinanderzusetzen.

Welche Rolle spielten ehemalige NS-Funktionäre beim Aufbau? Welches Feindbild herrschte vor? Welche Rolle spielten der »Verfassungsschutz« und andere Geheimdienste bei der massenhaften Überwachung und Einschüchterung von oppositionellen Bewegungen in der Bundesrepublik? Und: Welche Auswirkungen haben geheimdienstliche Tätigkeiten für ein demokratisches Gemeinwesen?

Bundesweites Treffen gegen Berufsverbote

Freitag, 31. Mai 2013:

ab 16⁰⁰ Uhr Begrüßung der Teilnehmer/innen
19⁰⁰ Uhr Öffentliche Diskussionsveranstaltung
mit Dr. Rolf Gössner, Ulla Jelpke
und Bengt Kiene

Samstag, 01. Juni 2013:

10⁰⁰-17⁰⁰ Uhr **Aktionskonferenz gegen Berufsverbote**

Die Themen:

- Neues aus den Bundesländern
- Wie geht es weiter mit »Verfassungsschutz« und Gesinnungsschnüffelei?
- Bundesweite Wanderausstellung
- Einrichtung eines Bundesarchivs
- Internationale Kontakte
- Verschiedenes

ver.di-Höfe

Veranstaltungszentrum Rotation,
Saal 3
Goseriede 10
30159 Hannover



Initiative 40 Jahre Berufsverbote in Niedersachsen
Cornelia Booß-Ziegling und Matthias Wietzer, Hannover
booss-ziegling@t-online.de • m.wietzer@gmx.de
Illustration/Layout: ArteFact Graphic Art Studio, Thorsten Wilkens
Druck: Interdruck Berger+Herrmann

FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG BEDANKEN WIR UNS BEI:



Von den Berufsverboten bis zum NSU-Skandal

Der »Verfassungsschutz« – Gefahr für die Demokratie?!

ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNG
UND DISKUSSION

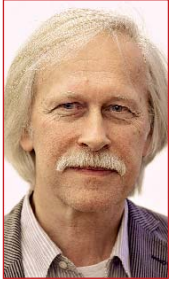


Mit

Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt
Ulla Jelpke, MdB
& **Bengt Kiene**, Schauspieler

Freitag, 31. Mai, 19.00 Uhr
ver.di-Höfe • Veranstaltungszentrum Rotation • Saal 3

Vorstellung der Referent/innen



Dr. Rolf Gössner: Rechtsanwalt und Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze zu den Themen Repression, Polizei und Geheimdienste; Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte; ausgezeichnet mit der Theodor-Heuss-Medaille 2008 für demokratische Initiative und Zivilcourage, dem Kölner Karls-Preis für engagierte Literatur und Publizistik 2012, dem Bremer Kultur- und Friedenspreis der Villa Ichon 2013.

Ulla Jelpke, Mitglied des Deutschen Bundestages und innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, wird über die (altnazistische) Geschichte des »Verfassungsschutzes« und seiner Mitwirkung an Kommunistenverfolgung, Berufsverboten und Überwachung oppositioneller Bewegungen berichten.



Bengt Kiene, Schauspieler, Sänger und Autor; Schwerpunkt: politische Satire; Mitbegründer der freien Theatergruppe »hebebühne« in Hannover und Träger des 1. Norddeutschen Querkunstpreises

»Verfassungsschutz« und Berufsverbote

Seit seiner Gründung im Jahr 1950 hat der »Verfassungsschutz« ganz wesentlich zur Ausgrenzung, Einschüchterung und Kriminalisierung antifaschistischer Politik und linker Opposition beigetragen. Am Beispiel der Berufsverbote in der Bundesrepublik lässt sich diese Rolle besonders gut beleuchten. Der von Bundeskanzler Willy Brandt und den Ministerpräsidenten aller Bundesländer verfasste »Radikalenerlass« von 1972 sollte angebliche »Verfassungsfeinde« vom Öffentlichen Dienst fernhalten. Mit einer »Regelanfrage« wurden etwa 3,5 Millionen Menschen vom »Verfassungsschutz« durchleuchtet. Aufgrund der in diesem rechtsfreien und keiner demokratischen Kontrolle unterliegenden Raum gewonnenen »Erkenntnisse« wurde einer Vielzahl von engagierten Demokrat/innen die Existenzgrundlage entzogen. Bereits 1995 stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte fest, dass der Radikalenerlass gegen die Grund- und Menschenrechte verstößt, aber bis heute wurde er – außer im Bundesland Bremen – noch nicht außer Kraft gesetzt. Und auch die Bespitzelungspraxis geht ungebrochen weiter: Immer noch werden vom Berufsverbot Betroffene durch den »Verfassungsschutz« verfassungswidrig überwacht.



Zahlen zum Berufsverbot

- 3,5 Mio.** Überprüfungen durch den »Verfassungsschutz«
- 11.000** Berufsverbotsverfahren
- 2.200** Disziplinarverfahren
- 1.250** Ablehnungen von Bewerber/innen
- 265** Entlassungen aus dem Öffentlichen Dienst



Vor dem niedersächsischen Landtag am 6.11.2012: Betroffene fordern die endgültige Abschaffung der Berufsverbote und ihre Rehabilitierung.
Foto: Bettina Ohnesorge